

Erfolg für Anti-Windpark-Initiative: Bürgerbegehren in Kasseedorf ist zulässig



Sieben Windkraftanlagen mit mehr als 260 Meter Höhe stehen in der Gemeinde Kasseedorf zur Debatte und sorgen für große Unruhe. Die Gemeindepolitik muss jetzt entscheiden, ob es zum Bürgerentscheid über den Windpark kommt oder die Pläne fallengelassen werden.

Von [Markus Billhardt](#)

Kasseedorf/Schönwalde. „Das ist ein riesiger Erfolg,“ betont Regina Voß von der Bürgerinitiative Kasseedorf. Sie und ihre Mitstreiter haben Post von der Kommunalaufsicht des Kreises Ostholstein bekommen. Ihr Bürgerbegehren gegen einen Windpark mit sieben Anlagen in der Gemeinde, jede höher als 260 Meter, ist zulässig. Bei einer Sammlung wurden 423 gültige Unterschriften eingereicht. Mindestens 183 hätten es nur sein müssen.

„Jetzt ist die Gemeindevertretung am Zuge und muss auf ihrer nächsten Sitzung entscheiden, ob der Aufstellungsbeschluss zum Windpark zurückgezogen oder ein Wahltermin für den Bürgerentscheid festgelegt wird“, erklärt Nils-Peter Schmidt-Decker von der BI. Im letzteren Fall würden die wahlberechtigten Bürger der Gemeinde entscheiden. Für den Fall, dass der Beschluss nicht zurückgezogen werde, organisiere die BI weitere Veranstaltungen, um über das Ausmaß des geplanten Windparks zu informieren.

Initiative setzt sich für Natur und Umwelt ein

Die Landesplanung Schleswig-Holstein halte die Kasseedorfer Flächen für besonders schützenswert. Es sei dort keine Ausweisung für Windkraftanlagen vorgesehen, erläutern die Initiatoren des Protests. Nur über die sogenannte Gemeindeöffnungsklausel könne sich die Gemeinde über die Landesplanung hinwegsetzen. Auffällig erscheine ihnen, dass der potenzielle Investor, die Hanse Windkraft GmbH, gerade in Gemeinden vorstellig werde, die bereit seien, sich über Natur- und Umweltschutzbedenken hinwegzusetzen.

„Es war ein Fehler des Landes, neben den Vorrangflächen für Windenergie im Entwurf des Regionalplans auch Potenzialflächen zu veröffentlichen. Diese wurden durch die Klausel den Investoren auf dem Silbertablett serviert“, erläutert Windkraft-Kritiker Holger Diedrich aus Grömitz.

Er setzt sich seit Jahren mit Windenergie in Ostholstein auseinander und führt weiter aus: „Die Gemeinden werden überrumpelt, weil eine Bauleitplanung zügig stehen muss. Die Klausel ist nicht mehr anwendbar, wenn der Regionalplan abgeschlossen ist.“



Eine Bürgerinitiative in Schönwalde sieht durch Windkraftanlagen den Bungsberg mit dem Fernsehturm als Wahrzeichen bedroht.

Quelle: Timon Ruge

Münchner wollen Windstrom im Norden produzieren

Holger Diedrich verfolgt, dass in zahlreichen Kommunen Ostholsteins Konflikte aufbrechen, nicht nur in Kasseedorf. So hat die Hanse Windkraft, eine 100-prozentige Tochter der Stadtwerke München, auch in der Gemeinde Schönwalde ein Auge auf ein Gelände geworfen. Dort sollen drei Anlagen von mehr als 260 Meter Höhe zwischen den Ortsteilen Langenhagen, Scheelholz und Mönchneversdorf errichtet werden. Inzwischen hat sich eine Bürgerinitiative gebildet: die Schutzgemeinschaft Bungsberg.

Diese hat, wie in Kasseedorf, ein Bürgerbegehren gestartet, um einen Beschluss der Kommunalpolitik aus dem April zur Änderung eines Flächennutzungsplans zugunsten des Windparks aufzuheben. Die Initiatoren sehen den Arten- und Landschaftsschutz gefährdet.

Wahrzeichen durch Anlagen in Schönwalde gefährdet

So würden dort unter anderem Seeadler und Rotmilane regelmäßig fliegen. Außerdem sei Schleswig-Holsteins zweitgrößte Fledermauspopulation im Mönchneversdorfer Eiskeller nur wenige 100 Meter entfernt, sagt Klaus-Heinrich Peters von der BI.

Der Bungsberg mit dem Fernsehturm habe eine besondere Schutzwürdigkeit und sei durch die hohen Windkraftanlagen als Wahrzeichen dann ebenfalls in Gefahr. „Unser Fall ist nicht nur exemplarisch für viele weitere Regionen, er ist unserer Meinung nach von landesweiter Bedeutung“, betont Peters.

Die Schutzgemeinschaft macht sich auch Sorgen um die Lebensqualität. Auf die Bewohner von Scheelholz mit einem Abstand von 400 Metern zu den Anlagen würden Probleme mit Lärm, Infraschall und Schattenwurf zukommen. Für das Bürgerbegehren braucht es in Schönwalde Unterschriften von mindestens 15 Prozent aller Wahlberechtigten, das wären in etwa 320.